

Der Sieg von Macron ist auch ein Rückschlag für Trump, Putin und Co. / In Frankreich muss aber Macron noch die Parlamentswahl gewinnen, um handlungsfähig zu bleiben

Der liberale Quereinsteiger Emmanuel Macron errang einen klaren Sieg und erteilte damit Marine Le Pen und den hinter ihr versammelten übrigen populistischen Führern eine deutliche Abfuhr. Laut Umfrage stimmten aber knapp über die Hälfte seiner Wähler für ihn, nur um einen Machtantritt von Marine Le Pen zu verunmöglichen und nicht aus Zustimmung zu Macrons Reformplänen. Die Ablehnung dieser liberal-sozialen Reformen speiste auch die hohe Wahlenthaltung und den großen Anteil an ungültigen Stimmen (insgesamt über 34 Prozent). Um seine Pläne umzusetzen, muss der neue Staatschef erst die kommenden Parlamentswahlen gewinnen.

AUS PARIS
DANNY LEDER,

Frankreich hat soeben seinen ersten parteilosen Präsidenten gewählt. Schon am Vorabend strömten tausende Anhänger von Emmanuel Macron zur Siegesfeier in den Vorhof des Louvre-Museums neben der berühmten Glaspypyramide. Der liberal-soziale Quereinsteiger errang, laut den Wahlabend vorliegenden Hochrechnungen, fast 66 Prozent der Stimmen.

Seine Rivalin Marine Le Pen dürfte zwar mit einem Stimmenanteil von knapp über 36 Prozent einen einmaligen Höchststand in der Geschichte ihrer Rechtsaußen-Partei, dem Front National (FN), erzielt haben. Ihr Vater, Jean-Marie Le Pen, war bei der Stichwahl 2002 nur auf 17,8 Prozent gelangt. Trotzdem blieb sie deutlich unter ihren ursprünglichen Erwartungen, hatte sich doch die FN-Chefin phasenweise bereits als künftige Präsidentin Frankreichs gesehen.

Macron, der mit seinem, vor wenigen Monaten noch schier unglaublichen Siegeslauf die meisten Polit-Beobachter und klassischen Parteienvertreter überraschte, hat allerdings damit zu kämpfen, dass, laut Umfragen, rund 52 Prozent seiner Wähler für ihn stimmten, nur um Le Pen zu verhindern und nicht, weil sie von seinem liberal-sozialen Reformprogramm überzeugt wären. Das dürfte auch einer der Gründe sein für die Rekord-Enthaltung (über 25 Prozent) und den bedeutenden Anteil an ungültigen bzw. weißen Stimmen (9 Prozent). Insgesamt bildeten diese Wahlabstinenten und Ungültig-Wähler mit 16,2 Millionen die zweitstärkste Kraft der Stichwahl, wie ein Meinungsforscher resümierte.

Will Macron nicht auf eine symbolträchtige aber eher machtlose Statistenrolle im Elysée-Palast beschränkt bleiben, muss er unbedingt bei den Parlamentswahlen, die in zwei Durchgängen am 11. und 18. Juni stattfinden, eine ihm genehme Abgeordneten-Mehrheit zustande bringen.

Der willensstarke Draufgänger Macron hofft gerade die Kürze dieser Zeitspanne, also nur vier Wochen, zu nützen, um, seine verdatterten Gegner und Neider in den traditionellen Parteien zu überrumpeln und seinen Siegeszug fortzusetzen. Macron setzt dabei auch auf den in Frankreich üblichen Folge-Effekt: die Wähler neigen dazu, dem gewählten Staatschef als ihre entscheidende Führungspersönlichkeit zu betrachten und könnten daher bereit sein, ihm die nötige Mehrheit für die Umsetzung seiner Reformvorhaben bereit zu stellen. Eine Rolle spielt dabei auch die Angst vor einer verworrenen Lage an der Staatsspitze durch eine andauernde Blockade zwischen dem Präsidenten und der Regierung.

Andererseits verfügt Macron noch über keine Partei im herkömmlichen Sinn. Seine erst vor einem Jahr gegründete Bewegung EM (šEn Marcheō, sinngemäß: Auf dem Weg ó die selben Initialen wie sein Name) hat zwar zehntausende ehrenamtliche Aktivisten in ihren Bann gezogen. Sie verfügt aber über keine regelrechte Verankerung. EM hat trotzdem bereits Kandidaten für alle Wahlkreise nominierte, davon die Hälfte Frauen und Neu-Einsteiger aus der Zivilgesellschaft, die noch nie ein politisches Mandat ausgeübt haben. Das ist ein Vorteil, andererseits sind diese Personen im Gegensatz zu den Kandidaten der traditionellen Parteien örtlich weniger bis überhaupt nicht bekannt.

Die Regierung, die er noch vor den Wahlen nominieren wird, soll ebenfalls die Erneuerung verkörpern: die Hälfte der Ministerposten sind für politische Neulinge vorgesehen. Die andere Hälfte soll paritätisch mit Politikern, die aus der Sozialistischen Partei und dem bürgerlichen Lager kommen, besetzt werden. Aber auch da will Macron nur Persönlichkeiten akzeptieren, die ihre bisherige Partei zuvor verlassen haben ó also kein koalitionsäres Arrangement. Einzige Ausnahme: die kleine Zentrumsparlei MODEM, deren Vorsitzender, Francois Bayrou, sich schon vor der Präsidentenwahl zum Bündnis mit Macron bekannt hatte.

Als allererste Maßnahme, noch vor den Parlamentswahlen, will Macron ein Gesetz zur šMoralisierungō der Politik beschließen lassen, dass in Hinkunft Parlamentariern verboten soll, Verwandte anzustellen ó nicht zuletzt eine Reaktion auf die Affäre des gescheiterten konservativen Kandidaten Francois Fillon, der Frau und Kinder für eine Scheinbeschäftigung als Parlamentsassistenten entlohnen ließ.

Am Heikelsten ist aber das Vorhaben von Macron, per Dekret noch im Juli die französischen Arbeitsmarkt-Regeln weiter zu švereinfachenō (so seine Definition) und innerbetriebliche Abkommen für eine flexiblere Arbeitszeit-Gestaltung zuzulassen. Die meisten Gewerkschaften sehen darin einen Aushebelung der bisherigen Arbeits- und Kündigungsschutz-Bestimmungen und drohen mit Kampfmaßnahmen. Der weitere Verlauf wird von der Überzeugungskraft abhängen, die Macron und der von ihm ernannte Premierminister bis zur Parlamentswahl entfalten.

Heute, Montag ist in Frankreich ein Feiertag in Gedenken an die Kapitulation Hitler-Deutschlands am 8.Mai 1945. Macron wird bei den Zeremonien dem noch amtierenden Präsidenten Francois Hollande zur Seite stehen. Ebenso wie bei den am Mittwoch stattfindenden, alljährlichen nationalen Gedenken an die Sklaverei und deren Abschaffung in den französischen Überseeprovinzen.

Die Amtsübergabe dürfte am kommenden Wochenende stattfinden. Für Hollande ist das eine Genugtuung gepaart mit einem Wermutstropfen: mit Macron zieht ein Politiker in den Elysée, der dem SP-Staatschef lange sehr nahe stand und diesen auch noch zuletzt klar

würdigte. Macrons Eigenlauf trug allerdings dazu bei, die letzten Hoffnungen von Hollande auf eine neuerliche ó und sowieso aussichtslose ó Kandidatur zu begraben.